

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Stahl ist Zukunft – Wettbewerbsbedingungen müssen schnell und deutlich besser werden, damit Stahl Zukunft haben kann

Der Landtag wolle beschließen:

Stahl ist Zukunft! Jeder Euro weniger industrieller Wertschöpfung in Deutschland und im Saarland zerstört Wohlstand und Arbeitsplätze und schadet durch Verlagerung der Produktion in Staaten mit weniger Umweltauflagen dem Klima.

Die Wertschöpfung energieintensiver Industrien in der Bundesrepublik liegt bei rund 240 Milliarden Euro und bietet 2,4 Millionen Frauen und Männern Arbeit. Ob die grüne Transformation in der Bundesrepublik gelingt oder nur deindustrialisierte Regionen, zurücklässt entscheidet sich zuallererst hier bei uns an der Saar.

Der einstimmige Beschluss und das klare Bekenntnis zur Stahlindustrie des saarländischen Parlamentes im November 2023 gilt nach wie vor. Die Sicherung einer Zukunft der Produktion und Verarbeitung von Stahl an der Saar wird nur dann Zukunft haben, wenn insbesondere die Bundesregierung ihre bisherige Politik grundlegend ändert. Es braucht Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen, die wirtschaftliches Arbeiten erlauben. Insbesondere energieintensive Wirtschaftsbereiche wie die Produktion von Stahl sind auf wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen. Ändert sich an den hohen Energie- und Stromkosten nicht schnell und grundlegend etwas, dann bedeutet dies das sichere Aus der Grundstoffindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Der volkswirtschaftliche Schaden wäre immens und hätte für die Menschen, den Staat und die Sozialversicherungen jeweils hohe Einnahmeausfälle mit den entsprechenden negativen Begleiterscheinungen zur Folge.

Die Zusage der Bundesregierung, den Umbau der saarländischen Stahlproduktion zu fördern ist ein Teilerfolg. Allerdings hat die lange Dauer bis zur endgültigen Zusage die Wettbewerbsbedingungen zu Ungunsten des Wirtschaftsstandortes Saar beeinträchtigt. Gleichwohl ist es ein Erfolg, dass der komplette Umbau nun weitergehen kann und finanziell abgesichert ist durch die Förde-

rung von Bund und Land im Rahmen eines IPCEI-Projektes. Dies ist ein Teilerfolg langjähriger und parteiübergreifender Arbeit. Nicht zuletzt war es Peter Altmaier, der als ehemaliger Bundeswirtschaftsminister die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen hat - insbesondere mit IPCEI, der nationalen Industriestrategie 2030 sowie dem Handlungskonzept Stahl.

Wir haben gezeigt: Beim Stahl steht das Saarland zusammen! Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Landesregierung und Opposition, Verbände und Gewerkschaften. Dieser Weg muss weitergehen, damit es betriebswirtschaftlich ermöglicht wird, die neuen Anlagen auch zu nutzen. Dazu braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, Planbarkeit und allen voran günstigeren Strom. Mit überbordenden Strompreisen im internationalen Vergleich gehen sonst bei den Grundstoffindustrien die Lichter aus. Für uns ist klar: Die Stahlarbeiter an der Saar und die Saarländische Wirtschaft dürfen nicht die Zeche für eine verfehlte Energie- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zahlen. Daher kämpft das Saarland zusammen für gute Wettbewerbsbedingungen. Sonst bleibt offen, wie der immense Strombedarf für die industrielle Wasserstoffproduktion kostengünstig, versorgungssicher und CO₂-frei gedeckt werden kann.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- sich dafür einzusetzen, dass der Stahl ein starkes Rückgrat der saarländischen Industrie bleibt;
- die schnelle Anbindung an das deutsche und europäische Wasserstoffnetz zu ermöglichen und die Wasserstoffproduktion auszubauen;
- Erneuerbare Energien sinnvoll und wirtschaftlich unter den Bedingungen des Schutzes von Klima, Natur und Umwelt auszubauen;
- sich dafür einzusetzen, dass die Verdoppelung der Netzentgelte schnellstmöglich gestoppt wird.
- die Unstimmigkeiten zwischen Ministerpräsidentin und Wirtschaftsminister zur möglichen dauerhaften Subventionierung der Betriebskosten zu beenden und dementsprechend eine einheitliche und konsistente Wirtschafts- und Energiepolitik innerhalb der Landesregierung zu entwickeln.

Der Landtag des Saarlandes erwartet von der Bundesregierung:

- die Senkung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum für alle Bürger und Betriebe;
- die rasche Einführung eines Industriestrompreises in der von Bundeskanzler Olaf Scholz zugesagten maximalen Höhe von 4 Cent/ kWh;
- sicherzustellen, dass die Kraftwerke Bexbach und Weiher von STEAG/Iqony in das deutschlandweite Wasserstoffnetz integriert werden und es zu keiner Verzögerung beim Bau des sogenannten Hydrohubs kommt;
- Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, um wirtschaftlich auch in Zukunft Stahl in Deutschland und im Saarland zu produzieren.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.